

Medienmeldungen zu (angekündigten) Unterstützungs- und Hilfsprogrammen

Chronologisch geordnet:

13.12. 15:25 Uhr Tagesschau-Liveblog

Bovenschulte: Insolvenzantragspflicht auch im Januar ausgesetzt

Die Insolvenzantragspflicht für Unternehmen soll nach dem Willen von Bund und Ländern auch im Januar ausgesetzt bleiben. Die eigentlich am 31. Dezember auslaufende Sonderregelung solle um einen Monat verlängert werden, kündigte der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) an. Demnach sind Unternehmen, die wegen der Corona-Krise in Bedrängnis geraten sind, derzeit nicht verpflichtet, einen Insolvenzantrag zu stellen. Die geplante Verlängerung ist laut Bovenschulte allerdings nicht Bestandteil der heutigen Beschlüsse von Bund und Ländern.

13.12. 12:04 Uhr Tagesschau-Liveblog

Scholz: "Lassen Firmen nicht allein"

Der Bund will nach den Worten von Finanzminister Olaf Scholz mit erweiterten Corona-Finanzhilfen Firmen und Jobs schützen. Scholz sagte nach den Beratungen von Bund und Ländern, es gehe um Existenzen. Viele hätten sich über viele Jahre ein Geschäft aufgebaut und hätten nun die Sorge, aufgeben zu müssen.

Scholz sprach angesichts des harten Lockdowns von einer umfassenden Unterstützung. Die zusätzlichen Hilfen hätten einen Umfang von rund elf Milliarden Euro pro Monat. Die Bundesregierung habe Firmen von Beginn der Krise an nicht alleine gelassen, sagte der Vizekanzler. Er nannte die beschlossenen harten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus erforderlich. "Das Virus macht keine Ferien." Es gehe um Gesundheit und um das Leben von Bürgern.

11.12. 18:55 Uhr Tagesschau-Liveblog

Hilfe für Gewerbemieter geplant

Die große Koalition will Gewerbemieter in der Corona-Krise stärken. "Wir schaffen für die Gewerbemieter Rechtssicherheit, dass die Corona-Pandemie eine Störung der Geschäftsgrundlage eines Gewerbemietvertrages ist", sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Fechner, dem "Handelsblatt". Gewerbemieter könnten dann etwa bei "erheblichen Umsatzrückgängen" eine Reduzierung der Miete verlangen. "Das ist eine ganz wichtige Hilfe für die Firmen in schwierigen Zeiten, und deshalb wollen wir diese wichtige Klarstellung nächste Woche im Bundestag beschließen",

sagte Fechner. "Das Risiko der Pandemie müssen alle gleichermaßen tragen - auch die Vermieter."

11.12. 09.17 Uhr BR-Corona-Ticker

Altmaier stellt höhere Corona-Hilfen in Aussicht

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat höhere Corona-Hilfen im Fall eines harten Lockdowns in Aussicht gestellt. Der CDU-Politiker machte am Freitag in einer Videoschalte mit Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) deutlich, es gehe etwa darum, bei den Überbrückungshilfen ab Januar den Förderhöchstbetrag zu erhöhen. Derzeit liegt dieser bei 200.000 Euro pro Monat. Dazu sei er in Gesprächen mit Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Altmaier sagte, er gehe davon aus, dass man "zeitnah" zu klaren Aussagen komme. Der Minister sprach mit Blick auf die steigenden Infektionszahlen von einem exponentiellen Wachstum. "Und deshalb muss die Politik handeln."

10.12. 15:50 Uhr Tagesschau-Liveblog

Bundesregierung und Länder stocken Abschlagszahlungen auf

Die höheren Abschlagszahlungen für die Corona-Sonderhilfen im November und Dezember sind endgültig beschlossen. Der entsprechende Vorschlag aus dem Bundesfinanz- und Wirtschaftsministerium sei mittlerweile von den Ländern angenommen, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Damit sollen die Abschlagszahlungen für Unternehmen bis zu 50.000 Euro betragen - statt bisher maximal 10.000 Euro. Die Regierung reagiert damit auf Kritik aus der Wirtschaft. Selbstständige bekommen weiterhin eine Abschlagszahlung von maximal 5000 Euro.

Diese Grenzen sollen für die Monate November und Dezember gelten. Die Hilfen erhalten können Unternehmen und Selbstständige, die vom Teil-Shutdown stark betroffen sind.

10.12.Spiegel Online

Bei verschärftem Corona-Shutdown

Bundesregierung plant Hilfen für den Einzelhandel

Nun sollen nach SPIEGEL-Informationen auch Geschäfte entschädigt werden, wenn ihnen wegen eines verschärften Shutdowns die Umsätze wegbrechen. Ganz so üppig wie in der Gastronomie fallen die Hilfen aber nicht aus.

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-shutdown-bundesregierung-plant-hilfen-fuer-einzelhandel-a-d14a1dcc-0e86-4a54-9736-37ae7b82c647#ref=rss>

08.12. 16:00 Uhr Internetseite Tagesschau

Plan der Regierung Novemberhilfen sollen erhöht werden

Geschäfte, die im November schließen mussten, können offenbar mit mehr Unterstützung rechnen. Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios **sollen die Abschlagszahlungen von 10.000 auf bis zu 50.000 Euro erhöht werden.**

Die Bundesregierung will die Abschlagszahlungen bei den Novemberhilfen erhöhen. Unternehmen sollen statt bisher maximal 10.000 Euro künftig maximal 50.000 Euro bekommen, wie das ARD-Hauptstadtstudio aus Regierungskreisen erfuhr. Auch andere Medien berichten darüber. Demnach haben sich das Finanz- und das Wirtschaftsministerium auf diese Summe geeinigt. Dieser Vorschlag der Bundesregierung liegt aktuell den Ländern zur Prüfung vor.

8.12. 14:04 Uhr Tagesschau-Liveblog

Bundesregierung erhöht offenbar Abschlagszahlungen auf 50.000 Euro

Bundesfinanzminister Olaf Scholz erhöht offenbar die Abschlagszahlung an Unternehmen bei der November- und der Dezemberhilfe von bisher 10.000 auf 50.000 Euro. Darüber sei eine Einigung mit dem Bundeswirtschaftsministerium erzielt worden, meldet die Nachrichtenagentur Reuters mit Bezug auf Regierungskreise. Die Zustimmung der Bundesländer stehe aber wohl noch aus. Die Hilfen fließen vor allem an Betriebe im Gastgewerbe sowie im Freizeit- und Kulturbereich, die aufgrund der staatlichen Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie schließen müssen. Abschlagszahlungen erhalten Betriebe, wenn sie ihre Anträge etwa über Steuerberater einreichen.

7.12. Pressemitteilung Bay. Finanzministerium Nr. 245

FÜRACKER: STEUERLICHE HILFEN WERDEN VERLÄNGERT

Weiterhin schnelle und unbürokratische Unterstützung für von der Corona-Pandemie Betroffene

„Unsere steuerlichen Hilfen werden verlängert. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen uns alle weiterhin vor große Herausforderungen. Im Frühjahr hat der Freistaat schnell reagiert und zahlreiche steuerliche Sofortmaßnahmen ergriffen. Bund und Länder haben sich jetzt auf eine stufenweise Verlängerung der ursprünglich bis Ende dieses Jahres geltenden steuerlichen Zahlungserleichterungen verständigt. Dies ist eine wichtige und effektive Maßnahme für alle Betroffenen - wir lassen sie nicht im Stich“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. „Unsere Finanzämter haben schon bisher glänzende Arbeit geleistet und werden die Betroffenen auch weiterhin rasch und unbürokratisch unterstützen“, stellt Füracker fest. Rund 360.000 Anträge auf Steuererleichterungen sind in den letzten Monaten bei den Finanzbehörden bewilligt worden. Die aktuelle Gesamtsumme beläuft sich auf fast acht Milliarden Euro.

Konkret bedeutet die Verlängerung: Steuerpflichtige, die durch die Corona-Krise unmittelbar und nicht unerheblich negativ wirtschaftlich betroffen sind, können bei ihrem Finanzamt weiterhin bis zum 31. März 2021 unter erleichterten Bedingungen einen Antrag auf erstmalige oder fortgesetzte Stundung stellen. Die Stundungen laufen dann längstens bis zum 30. Juni 2021. Darüber hinausgehende Anschlussstundungen werden im vereinfachten Verfahren im Zusammenhang mit einer angemessenen, längstens bis zum 31. Dezember 2021 dauernden Ratenzahlungsvereinbarung gewährt. Stundungszinsen werden in diesen Fällen grundsätzlich nicht erhoben. Zudem wurde eine allgemeine, einmonatige Verlängerung der Abgabefrist für durch Steuerberater erstellte Steuererklärungen für das Kalenderjahr 2019 beschlossen.

Über den 30. Juni 2021 hinausgehende klassische Stundungen - ohne Ratenzahlungsvereinbarungen - sind wie im sonst üblichen Antragsverfahren unter Erbringung der erforderlichen Nachweise möglich.

Ein entsprechendes Schreiben des Bundesfinanzministeriums zu den Einzelheiten soll noch im Dezember veröffentlicht werden.

6.12. 16.01 Uhr BR-Corona-Ticker

Medienbericht: Länder für längere Hilfen für Gastronomie

Die Wirtschaftsminister der Bundesländer sind laut Nachrichtenportal "The Pioneer" für eine **Verlängerung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie über den Juni 2021 hinaus**. Dieser solle dann nicht mehr nur für Speisen, sondern auch für Getränke gelten. Das gehe aus dem Protokoll der Wirtschaftsministerkonferenz von Ende November hervor.

Kritisiert wird darin auch die schleppende Auszahlung der November-Hilfen, also der Entschädigungen für zwangsweise geschlossene Betriebe. Hier solle die erste Abschlagszahlung deutlich angehoben werden. Derzeit sind es 10.000 Euro für Unternehmen. Aus Sicht der Länder sollen es aber 50 Prozent der beantragten Summe sein, maximal eine Million Euro.

6.12. 04.21 Uhr BR-Corona-Ticker

Olaf Scholz: Konzertveranstalter sollen "loslegen"

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) plant einem Medienbericht zufolge eine staatliche Kosten-Übernahme für Veranstaltungen, die in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden müssten. Er wolle die Konzertveranstalter mit dieser Maßnahme ermutigen, jetzt wieder loszulegen, sonst sei die Pandemie irgendwann vorbei und es fänden trotzdem keine Konzerte mehr statt, sagte Scholz in einem Interview mit dem "Tagesspiegel" am Sonntag.

Die Bundesregierung wolle alle Aufwendungen abrechnungsfähig machen, "die in optimistischer Erwartung getätigt wurden und sich wegen Corona-Restriktionen nicht realisieren lassen", sagte Scholz der Zeitung. "Wer jetzt solche Veranstaltungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 plant, die dann wider Erwarten doch abgesagt werden müssen, soll dafür Ersatz bekommen." Durch die Maßnahme solle "auch die ganze Maschinerie mit den vielen Soloselbständigen und Musikern wieder in die Gänge" kommen. Zudem arbeite er laut der Zeitung an einem Förderprogramm, das Kulturveranstaltungen unterstützen soll, die wegen der Corona-Restriktionen nur von einem beschränkten Publikum besucht werden können und daher nicht wirtschaftlich sind.

Kritik der Union und von Ökonomen, die bisher auf rund 33 Milliarden Euro veranschlagte November- und Dezemberhilfen seien viel zu üppig konzipiert, wies der Minister dem Blatt zufolge zurück. Bei den Empfängern handle es sich um Betriebe, die das ganze Jahr über kaum Geschäft gemacht und mit dem Umsatz in den letzten Wochen des Jahres gerechnet hätten.

Es sei richtig gewesen, "nicht nur die Einschränkungen zu verlängern, sondern auch die Hilfen", sagte Scholz der Zeitung. Ab Januar sollten die Hilfen dann auf ein Modell umgestellt werden, das sich an den Fixkosten orientiere.

6.12. 02:46 Uhr Tagesschau-Liveblog

Scholz will Kostenersatz bei Veranstaltungsabsagen

Bundesfinanzminister Olaf Scholz ermuntert Unternehmen, für die zweite Jahreshälfte 2021 wieder Veranstaltungen zu planen, und verspricht einen Ersatz der Kosten, falls sie coronabedingt doch abgesagt werden müssen. "Wer jetzt solche Veranstaltungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 plant, die dann wider Erwarten doch abgesagt werden müssen, soll dafür Ersatz bekommen", sagte er dem "Tagesspiegel".

Scholz wolle Konzertveranstalter mit dieser Maßnahme ermutigen, jetzt wieder loszulegen. "Sonst ist die Pandemie irgendwann vorbei, aber es finden keine Konzerte statt. Und so kommt auch die ganze Maschinerie mit den vielen Soloselbstständigen und Musikern wieder in die Gänge." Zudem arbeite er an einem Förderprogramm, das Kulturveranstaltungen unterstützen solle, die wegen der Corona-Restriktionen nur von einem beschränkten Publikum besucht werden könnten und daher nicht wirtschaftlich seien.

4.12. 17:19 Uhr Tagesschau-Liveblog

Bundesregierung verlängert Hilfen für Startups bis Mitte 2021

Die Bundesregierung hat die Hilfen für Startups und kleine Mittelständler in der Corona-Krise verlängert. Das insgesamt zwei Milliarden Euro schwere Maßnahmenpaket laufe nun bis

zum 30. Juni 2021, teilten Bundeswirtschaftsministerium, Finanzministerium und die staatliche Förderbank KfW mit.

Bislang konnten Mittel aus dem Topf für Finanzierungen genutzt werden, die bis zum Jahresende zugesagt werden. Mit der Verlängerung sollen junge Unternehmen ein weiteres halbes Jahr Zusagen für Eigenkapital- und eigenkapitalähnliche Finanzierungen aus dem Maßnahmenpaket erhalten können. Die Hilfen stehen seit Mitte Mai dieses Jahres zur Verfügung.

4.12. 16:58 Uhr Tagesschau-Liveblog

Frist zur Abgabe von Steuererklärungen wird verlängert

Die Frist zur Abgabe von Steuererklärungen wird verlängert. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, wird die Abgabefrist für das Kalenderjahr 2019 für durch Steuerberater erstellte Steuererklärungen um einen Monat verlängert - und zwar bis zum 31. März 2021. Außerdem werden den Angaben zufolge auch Stundungsmöglichkeiten verlängert.

Steuerpflichtige, die durch die Corona-Krise unmittelbar und nicht unerheblich negativ wirtschaftlich betroffen sind, können bei ihrem Finanzamt bis zum 31. März 2021 einen Antrag auf Stundung stellen. Die Stundungen laufen dann laut Ministerium längstens bis zum 30. Juni 2021. Damit würden bis Ende Dezember befristete Regelungen verlängert.

2.12. 07.40 Uhr BR-Corona-Ticker

Koalition will Steuervorteile für Corona-Prämie verlängern

Union und SPD wollen die Steuervorteile für Corona-Bonuszahlungen an Arbeitnehmer bis zum 30. Juni 2021 verlängern. Darauf verständigten sich die Vizevorsitzenden beider Fraktionen, Andreas Jung (CDU) und Achim Post (SPD), in den Verhandlungen über das Jahressteuergesetz, wie sie der Nachrichtenagentur Reuters am Mittwoch sagten. Nach geltendem Recht sind zwischen dem 1. März und dem 31. Dezember 2020 gezahlte Corona-Prämien bis zur Höhe von 1500 Euro steuerfrei. Mit der Verlängerung um ein halbes Jahr können Arbeitgeber den Bonus noch bis Ende Juni 2021 auszahlen. An der steuerfreien Gesamthöhe der Prämie ändert sich dadurch nichts. Jung begründete die Verlängerung damit, dass die Sonderleistung andernfalls etwa bei Pflegekräften verpuffen würde, deren Einrichtungen den Bonus erst später bezahlen.

24.11. 14.20 Uhr Tagesschau-Liveblog

Bund plant "Dezemberhilfen" für Firmen von 17 Milliarden Euro

Der Bund plant bei einer Verlängerung des Teil-Lockdowns im Dezember Finanzhilfen für betroffene Unternehmen im Umfang von voraussichtlich 17 Milliarden Euro. Das erfuh die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag aus Regierungskreisen. Zuerst hatten die Zeitungen der Funke Mediengruppe berichtet, Firmen könnten mit Hilfen in einem Umfang von 15 bis 20 Milliarden Euro rechnen.

23.11. Pressemitteilung der IHK für München und Oberbayern

[...] Für das Anschlussprogramm Überbrückungshilfe 2, das Betriebskostenzuschüsse für die Monate September bis Dezember gewährt, können bereits seit Ende Oktober Anträge gestellt werden. Die Antragsfrist endet am 31. Januar 2021. Das Verfahren läuft weiter ausschließlich über Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Anwälte und vereidigte Buchprüfer. **Die abschließende Bearbeitung der Anträge durch die IHK ist ab heute möglich, da die Bearbeitungssoftware des Bundes und die beihilferechtliche Genehmigung der EU endlich vorliegen.**[...]“

20.11. 13.09 Uhr BR-Corona-Ticker

Nothilfe für Studenten wird wieder aufgelegt und verlängert

Wegen des Teil-Lockdowns legt die Bundesregierung ihre Corona-Nothilfen für Studenten wieder auf und weitet diese außerdem aus. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte am Freitag in Berlin, Anträge auf die sogenannte Überbrückungshilfe könnten ab sofort wieder gestellt werden. Die Nothilfe war Ende September ausgelaufen. Sie soll nun erneut bis zum Ende des laufenden Wintersemesters gewährt werden. Die Leistung richtet sich an Betroffene, die zum Beispiel durch einen wegbrechenden Nebenjob in eine finanzielle Notlage geraten sind. Zusätzlich sollen für den KfW-Studienkredit, der wegen Corona zunächst bis März 2021 zinsfrei gestellt wurde, bis Ende 2021 keine Zinsen fällig werden.

20.11. 12:35 Uhr Tagesschau-Liveblog

Nothilfe für Studenten wird wieder aufgelegt und verlängert

Wegen des Teil-Lockdowns legt die Bundesregierung ihre Corona-Nothilfen für Studenten wieder auf und weitet diese außerdem aus. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek sagte, Anträge auf die sogenannte Überbrückungshilfe könnten ab sofort wieder gestellt werden. Die Nothilfe war Ende September ausgelaufen. Sie soll nun erneut bis zum Ende des laufenden Wintersemesters gewährt werden. Die Leistung richtet sich an Betroffene, die zum Beispiel durch einen wegbrechenden Nebenjob in eine finanzielle Notlage geraten sind.

20.11. 11.54 Uhr BR-Corona-Ticker

Bundestag verlängert höheres Kurzarbeitergeld bis Ende 2021

Auch im nächsten Jahr bekommen Beschäftigte, die länger als drei Monate auf Kurzarbeit sind, ein erhöhtes Kurzarbeitergeld. Der Bundestag hat die entsprechende Sonderregelung in der Corona-Krise am Freitag bis Ende nächsten Jahres verlängert. Das Gesetz zur Beschäftigungssicherung muss abschließend noch durch den Bundesrat, der bereits deutlich gemacht hat, dass er keine Einwände gegen die Verlängerung hat. Die Regelung sieht vor, dass Kurzarbeitergeld auch weiterhin ab dem vierten Bezugsmonat von seiner üblichen Höhe, nämlich 60 Prozent des Lohns, auf 70 Prozent erhöht wird - für Berufstätige mit Kindern von 67 auf 77 Prozent. Ab dem siebten Monat in Kurzarbeit soll es weiterhin 80 beziehungsweise 87 Prozent des Lohns geben.

Die Bestimmungen sollten ursprünglich zum Jahresende auslaufen. Die Regierung geht aber noch nicht von einer Entspannung der Situation aus, wie sie in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf schreibt.

18.11. Handelsblatt

Coronahilfen im Überblick: Welche Hilfen gibt es aktuell?

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/staatshilfe-was-unternehmer-und-selbststaendige-jetzt-zu-den-neuen-corona-massnahmen-wissen-muessen/26633194.html?ticket=ST-16193502-TeWJQ9WAebYYtiYefLlp-ap5>

13.11. 16:25 Uhr Tagesschau-Liveblog

Einmalhilfe für Solo-Selbständige von bis zu 5000 Euro

Das Bundesfinanz- und das Bundeswirtschaftsministerium haben neue Hilfen für Solo-Selbständige vereinbart, die über November hinausgehen. Für die Monate Dezember bis Juni 2021 sollen sie einen einmaligen Zuschuss von bis zu 5000 Euro erhalten, wie das ARD-Hauptstadtstudio berichtet. Sie sollen damit 25 Prozent des vergleichbaren Umsatzes im Jahr 2019 ersetzt bekommen. Das Geld solle nicht auf Hartz-IV-Hilfen angerechnet werden.

Ausführlicher Beitrag: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/corona-hilfen-105.html>

12.11. 17.50 Uhr BR-Corona-Ticker

Altmaier - Firmen werden zunächst nur Teil der November-Hilfen bekommen

Unternehmen werden nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier die versprochenen November-Hilfen nicht komplett Ende des Monats schon auf dem Konto haben. Anträge könnten ab der letzten November-Woche gestellt werden, die erste Tranche solle es dabei als Abschlagszahlung noch im November geben. Bis zur Endabrechnung mit der gesamten Zuwendung würden danach aber noch "einige Wochen" vergehen. Mit den November-Hilfen sollen Firmen entschädigt werden, die wegen der jüngsten Corona-Einschränkungen geschlossen sind.

12.11. 13:19 Uhr Tagesschau-Liveblog

Altmaier plant Abschlagszahlungen im November

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier plant nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur bei den Novemberhilfen zunächst Abschlagszahlungen. Damit sollen erste Gelder noch bis Ende des Monats bei den vom Teil-Lockdown Betroffenen ankommen.

Wie es hieß, sollen Soloselbständige eine Abschlagszahlung von bis zu 5000 Euro erhalten, Unternehmen von bis zu 10.000 Euro. Details zu den Auszahlungen der Hilfen will das Ministerium noch bekanntgeben. Die Bundesregierung hatte Zuschüsse etwa für Gastronomiebetriebe sowie Solo-Selbstständige wie Künstler zugesagt, die von behördlich angeordneten Schließungen im Kampf gegen eine Ausbreitung des Coronavirus betroffen sind. Es sollen Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 gewährt werden.

12.11. 13.05 Uhr BR-Corona-Ticker

Novemberhilfen - Altmaier plant Abschlagszahlungen

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) plant nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur bei den Novemberhilfen zunächst Abschlagszahlungen. Damit sollen erste Gelder noch bis Ende des Monats bei den vom Teil-Lockdown Betroffenen ankommen. Wie es hieß, sollen Soloselbständige eine Abschlagszahlung von bis zu 5.000 Euro erhalten, Unternehmen von bis zu 10.000 Euro. Details zu den Auszahlungen der Hilfen will das Ministerium noch heute bekanntgeben.

Die Bundesregierung hatte Zuschüsse etwa für Gastronomiebetriebe sowie Solo-Selbstständige wie Künstler zugesagt, die von behördlich angeordneten Schließungen im Kampf gegen eine Ausbreitung des Coronavirus betroffen sind. Es sollen Zuschüsse in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 gewährt werden. An der Umsetzung wird aber noch gearbeitet. So muss eine IT-Plattform umprogrammiert werden, außerdem sind Vereinbarungen mit den Ländern geplant. Deswegen soll es nun zunächst Abschlagszahlungen geben, damit erste Hilfen noch im November bei den Firmen ankommen.

12.11. 07:32 Uhr Internetseite Tagesschau

Scholz zu Corona-Hilfen "Wir können noch mal nachlegen"

[...]

Hilfen für Kultur- und Veranstaltungsbranche

Scholz stellte auch der von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Kultur- und Veranstaltungsbranche weitere finanzielle Unterstützung in Aussicht. "Ich kann mir beispielsweise Finanzhilfen für den Fall vorstellen, dass geplante Veranstaltungen wegen der Pandemie abgesagt werden müssen", sagte er. Zudem soll es nach seinen Worten einen Ausgleich für die geringere Zahl möglicher Zuschauer während der Pandemie geben. "Ich plane auch eine Unterstützung für künftige Kulturveranstaltungen, damit sie sich wirtschaftlich auch noch rechnen, wenn die Zahl der Zuschauer durch die Corona-Schutzregeln stark begrenzt ist", fügte er hinzu.

Auf die Frage, ob es auch den in der Branche geforderten Unternehmerlohn als eine Art Kurzarbeitergeld für Selbstständige geben wird, sagte Scholz: "Ich will auch etwas für die Soloselbstständigen tun. Lassen Sie uns noch ein paar Tage Zeit, miteinander und vor allem mit der EU-Kommission gute Lösungen zu finden." Der SPD-Politiker betonte, er habe intensiv mit der Kultur- und Veranstaltungsbranche gesprochen, die sich in der Initiative "Alarmstufe Rot" zusammengeschlossen hat. "Mein Ziel ist es, eine möglichst maßgeschneiderte Lösung hinzukriegen, auch wenn es kompliziert ist", so der Minister.

[...]

12.11. BR-Corona-Ticker

06.14 Uhr: Scholz plant Finanzhilfen für Kultur- und Veranstaltungsbranche

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat mehr finanzielle Hilfen für die von der Corona-Pandemie besonders betroffene Kultur- und Veranstaltungsbranche in Aussicht gestellt. "Ich kann mir beispielsweise Finanzhilfen für den Fall vorstellen, dass geplante Veranstaltungen wegen der Pandemie abgesagt werden müssen", sagte Scholz dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Es könne nicht sein, dass Organisationen ohne eigenes Verschulden auf allen Kosten sitzenblieben, so Scholz weiter. Zudem soll es nach seinen Worten einen Ausgleich für die geringere Zahl möglicher Zuschauer während der Pandemie geben. Zukünftige Kulturveranstaltungen sollen sich damit auch mit begrenzter Zuschauerzahl wirtschaftlich rechnen. Der SPD-Politiker betonte, er habe intensiv mit der Kultur- und Veranstaltungsbranche gesprochen, die sich in der Initiative "Alarmstufe Rot" zusammengeschlossen hat. "Mein Ziel ist es, eine möglichst maßgeschneiderte Lösung hinzukriegen, auch wenn es kompliziert ist", so der Minister.

10.11.2020 Newsletter vbw Bayern

Lockdownhilfen für geschlossene Betriebe in Bayern

Am 28. Oktober 2020 haben Bund und Länder beschlossen, durch Corona bedingte Betriebsschließungen im November eingetretene Umsatzausfälle durch die außerordentliche Wirtschaftshilfe – Novemberhilfe - zu kompensieren. An den Vollzugsbestimmungen wird derzeit mit Hochdruck gearbeitet. Am 10. November 2020 hat die Bayerische Staatsregierung beschlossen, dass,

- die Anträge für die Novemberhilfen des Bundes in Bayern – wie bisher für die Überbrückungshilfe – durch die IHK für München und Oberbayern bearbeitet werden,
- den Betroffenen des in Bayern bereits im Oktober lokal angeordneten Lockdowns zusätzliche Hilfen bis zu 50 Millionen Euro gewährt werden und
- die bestehenden Corona-Hilfsmaßnahmen, insbesondere der LfA, bis 30. Juni 2021 verlängert werden.

Die zusätzlichen bayerischen Hilfen erhalten Unternehmen und Selbstständige, die bereits vor dem bundesweiten Lockdown auf Kreisebene betroffen waren, und zwar im Landkreis Berchtesgadener Land (20. Oktober 2020), im Landkreis Rottal-Inn (27. Oktober 2020), in der Stadt Augsburg (30. Oktober 2020) und in der Stadt Rosenheim (30. Oktober 2020). Grundlage ist die außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes. Sie wird um folgende Aufschläge erhöht:

- 38,71 Prozent Berchtesgadener Land
- 16,13 Prozent Rottal-Inn
- 3,63 Prozent Augsburg
- 3,63 Prozent Rosenheim

Voraussetzung ist, dass das betroffene Unternehmen erfolgreich die Novemberhilfe des Bundes beantragt. Über den Erhöhungsbetrag entscheidet die IHK für München und Oberbayern zusammen mit der Novemberhilfe. Damit kann auf eine erneute aufwendige Prüfung verzichtet werden.

Quelle: vbw Bayern:

<https://www.vbw-bayern.de/vbw/ServiceCenter/Corona-Pandemie/Unterst%C3%BCtzung-bei-Steuern-und-Sozialem-weitere-Finanzhilfen/Lockdownhilfen-fur-geschlossene-Betriebe-in-Bayern.jsp>

9.11. 09.28 Uhr BR-Corona-Ticker

Novemberhilfen: Immer mehr Länder fordern Nachbesserungen

Immer mehr Länder fordern die Bundesregierung zu Nachbesserungen bei den Novemberhilfen für Firmen auf, die vom Teil-Lockdown betroffen sind. In einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) warnen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-

Pfalz und Schleswig-Holstein vor zu viel Bürokratie und Verzögerungen bei der Auszahlung der Zuschüsse. Außerdem fordern sie andere Vorgaben bei Hilfen für indirekt von Schließungen betroffene Firmen.

Das geht aus einem Brief der drei Länderwirtschaftsminister an Altmaier hervor, welcher der Deutschen Presse-Agentur vorlag. Zuvor hatte es etwa aus Baden-Württemberg Kritik an den Plänen der Bundesregierung gegeben.

7.11. 12:41 Uhr Tagesschau-Liveblog

Karliczek stellt weitere Hilfen für Studierende in Aussicht

Von den Corona-Einschränkungen betroffene Studentinnen und Studenten können im gesamten Wintersemester auf Überbrückungshilfen der Bundesregierung hoffen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) zeigte sich in der "Rheinischen Post" offen dafür, die Nothilfen bis zum Ende des Semester zu zahlen. Die Hilfen sollen zunächst im November wieder eingesetzt werden. Sie richten sich etwa an Studenten, die wegen der Pandemie ihre Nebenjobs verloren haben.

"Wir lassen die Studierenden in dieser Pandemie nicht allein", sagte Karliczek der "Rheinischen Post". Die Regierung sei sich mit dem Deutschen Studentenwerk einig, die "bewährte Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen" im November wiederaufleben zu lassen. Die Ministerin fügte zugleich hinzu: "Ich kann mir vorstellen, dass die Überbrückungshilfe aber auch darüber hinaus bis zum Ende des Wintersemesters weiterläuft." Hilfen gab es bereits in den Monaten Juni bis September. Rund 135.000 Studenten hatte diese in Anspruch genommen.

6.11.16:46 Uhr Tagesschau-Liveblog

Regierung verlängert KfW-Kreditprogramm bis Mitte 2021

Das Corona-Sonderkreditprogramm der staatlichen Förderbank KfW wird bis Ende Juni 2021 verlängert. Das teilten Finanz- und Wirtschaftsministerium in Berlin mit. Damit sollen Unternehmen bei Bedarf weiterhin schnell an Liquidität kommen. Die EU-Kommission muss der Verlängerung noch zustimmen.

"Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind größer und länger, als wir dies Mitte des Jahres noch erwartet und erhofft hatten", sagte Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Der KfW-Schnellkredit stehe ab Montag auch Selbstständigen und Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern offen. Sie könnten bis zu 300.000 Euro beantragen, wobei der Bund für die Hausbanken das Risiko komplett übernehme.

6.11. 16.27 Uhr BR-Corona-Ticker

Länder: Auszahlung von Hilfgeldern noch diesen Monat schwierig

Die Länder halten die von der Bundesregierung angestrebte schnelle Auszahlung der neuen Corona-Hilfen für November für eine Herausforderung. "Viele Bewilligungsstellen sind schon heute durch die Überbrückungshilfe stark belastet", heißt es in einem Informationsschreiben nach der Telefonkonferenz der Landeswirtschaftsminister, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt.

Die für die Auszahlung zuständigen Länder hätten gerne die Finanzämter eingespannt. "Leider ist das nicht möglich. Dazu fehlt eine gesetzliche Grundlage, und die Finanzämter sind von ihrer Ausstattung und IT-Infrastruktur nicht so aufgestellt, dass sie hier schnelle Hilfe leisten könnten."

6.11. 14:41 Uhr Tagesschau-Liveblog

Spahn plant neue Hilfen für Krankenhäuser

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plant neue Finanzhilfen für die Krankenhäuser in der Corona-Pandemie. "Kein Krankenhaus soll wirtschaftlich einen Nachteil dadurch haben, dass es in dieser Pandemie mithilft", sagte Spahn im Bundestag. In der kommenden Woche wolle er Vorschläge vorlegen, um die Krankenhäuser "wirtschaftlich abzusichern".

Ein Sprecher von Spahns Ministerium sagte, es gehe darum zu verhindern, dass Krankenhäuser in Liquiditätsprobleme geraten. Derzeit bekämen die Krankenhäuser coronabedingte Ausfälle "ex post", also hinterher erstattet, was zu Liquiditätsproblemen führen könne, sagte der Sprecher. In der Bundesregierung liefen derzeit Gespräche über die geplanten Hilfen, sagte er weiter. Zum möglichen Finanzvolumen wollte er sich nicht äußern.

6.11. 13.56 Uhr BR-Corona-Ticker

Bundesrat stimmt Verlängerung von Kurzarbeitergeld-Bezug zu

Die von der Bundesregierung geplante verlängerte Bezugszeit für das Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise findet Zustimmung im Bundesrat. Normalerweise würden die Regelungen zum Jahresende auslaufen. Die Bezugszeit für das Kurzarbeitergeld soll auf bis zu 24 Monate verlängert werden, maximal bis Ende 2021. Dafür sprach sich nun auch die Länderkammer in Berlin aus. Die Verlängerung soll für alle Betriebe mit einem Beginn der Kurzarbeit bis Ende 2020 gelten.

6.11. 13.44 Uhr BR-Corona-Ticker

Spahn plant weiter Finanzhilfen für Krankenhäuser

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) plant neue Finanzhilfen für die Krankenhäuser in der Corona-Pandemie. "Kein Krankenhaus soll wirtschaftlich einen Nachteil dadurch haben, dass es in dieser Pandemie mithilft", sagte Spahn im Bundestag. In

der kommenden Woche wolle er Vorschläge vorlegen, um die Krankenhäuser "wirtschaftlich abzusichern".

Ein Sprecher von Spahns Ministerium sagte, es gehe darum zu verhindern, dass Krankenhäuser in Liquiditätsprobleme geraten. Derzeit bekämen die Krankenhäuser coronabedingte Ausfälle "ex post", also hinterher erstattet, was zu Liquiditätsproblemen führen könne, sagte der Sprecher.

In der Bundesregierung liefen derzeit Gespräche über die geplanten Hilfen, sagte er weiter. Zum möglichen Finanzvolumen wollte er sich nicht äußern.

5.11. 11.20 Uhr BR-Corona-Ticker

Hilfsprogramme Schausteller + Kulturbranche

[...] Für Bayern stellte Söder zusätzliche Hilfen für Schausteller in Aussicht, die nun insbesondere unter der Absage von Weihnachtsmärkten leiden. Für Schausteller sei es eine "extrem bedrohliche Situation". Deshalb werde man über zusätzliche Hilfen im Dezember sprechen, sagte er – sonst stünde das gesamte Schaustellergewerbe vor dem Nichts. Für die Kulturbranche im Freistaat will Söder nach eigenen Worten "eine Art Kulturfrühling" starten.

5.11. 10.00 Uhr BR-Corona-Ticker

Söder– Ankündigung Kultur-Hilfsprogramm

[...] Um die Kulturschaffenden zu unterstützen, kündigte Söder einen "Kulturfrühling" an, ein bayernweit gefördertes Hilfsprogramm. Auch für Schausteller soll es laut Söder ein Hilfsprogramm geben.

4.11. 18.35 Uhr BR-Corona-Ticker

Antragsfrist für Corona-Hilfen im Profisport um elf Tage verlängert

Die Antragsfrist von Corona-Finanzhilfen für den Profisport ist um elf Tage bis zum 22. November verlängert worden. Dies habe Bundesinnenminister Horst Seehofer entschieden, teilte das Ministerium am Mittwoch mit. Dies erfolge "als Reaktion auf die geänderten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie." Zudem werde die Frist für die notwendige Registrierung von bevollmächtigten Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern oder Rechtsanwälten bis zum 13. November (ursprünglich 31. Oktober) ausgeweitet.

4.11. 17.40 Uhr BR-Corona-Ticker

Regierung plant Erleichterungen für Soloselbstständige

Bei den Nothilfen angesichts des Teil-Lockdowns im November plant die Bundesregierung Erleichterungen für Soloselbstständige. Wie aus einem Papier hervorgeht, sollen Soloselbstständige wie Künstler die Hilfen bis zu einem Förderhöchstsatz von 5.000 Euro direkt beantragen können - und nicht wie bei Firmen über Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Außerdem sollen auch Betriebe unterstützt werden, die indirekt von Schließungen betroffen sind - also etwa Lieferanten von Restaurants und Kneipen. Voraussetzung ist, dass sie regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit direkt von den Maßnahmen betroffenen Firmen erzielen. Das Papier lag der Deutschen Presse-Agentur am Mittwoch vor. Im Finanz- sowie Wirtschaftsministerium hieß es, es seien noch Detailfragen offen.

4.11. 16.30 Uhr: BR-Corona-Ticker

Kabinett beschließt Corona-Sonderzahlungen für Beamte und Soldaten

Die Bundesregierung hat eine einmalige Corona-Sonderzahlung für Soldaten und Bundesbeamte in Höhe von bis zu 600 Euro bewilligt. Das Geld soll noch vor Ende dieses Jahres überwiesen werden, wie das Kabinett am Mittwoch in Berlin entschied. Zur Begründung hieß es, ebenso wie die Tarifbeschäftigten seien auch die Beamten und Wehrsoldempfänger durch die Pandemie in diesem Jahr einer "zusätzlichen Belastung" ausgesetzt. Die Sonderzahlung sei gedacht, um diese Belastung "abzumildern". Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst war im Oktober entschieden worden, dass die unteren Einkommensgruppen eine Sonderzahlung von 600 Euro erhalten sollen. Die Beschäftigten der mittleren Einkommensgruppen bekommen 400 Euro. 300 Euro gibt es für die Beschäftigten der höheren Besoldungsgruppen. Für die Beamten und Soldaten wird dies nun nachvollzogen. Laut Kabinettsbeschluss erhalten Anwärter eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 200 Euro. Für freiwillige Wehrdienstleistende gibt es 600 Euro.

4.11. 15:27 Uhr Tagesschau-Liveblog

Regierung präzisiert Hilfen für Kultur- und Veranstaltungsbranche

Um die Einnahmeausfälle der Kultur- und Veranstaltungsbranche auszugleichen, sollen die Betroffenen während des Teil-Lockdowns im November vom Staat einen "fiktiven Unternehmerlohn" erhalten. Regierungssprecher Steffen Seibert kündigte in Berlin an, Kulturunternehmen bekämen im November 75 Prozent ihres Umsatzes als direkte Hilfe. Solo-Selbstständige könnten dabei wahlweise den Umsatz des Novembers 2019 oder ihren monatlichen Durchschnittsverdienst des Vorjahres zugrunde legen. Es entspreche der Lebensrealität vieler Kreativer und Kulturschaffender, dass es "auch mal einen Monat geben kann, in dem es keinen Umsatz gab". Seibert betonte, staatliche Hilfen gebe es auch für jene, die indirekt von den coronabedingten Schließungen betroffen sind.

Anspruchsberechtigt seien alle Unternehmen, die regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit den jetzt geschlossenen Einrichtungen erzielen. Das sei für die Kultur sehr wichtig, weil eine Vielzahl an Gewerken hinter der Bühne - ohne dass der Zuschauer es sehe - erbracht werde.

4.11. 14:05 Uhr Tagesschau-Liveblog

Offenbar Einigung bei Details zu November-Hilfen

In der Bundesregierung gibt es nach Worten von Wirtschaftsminister Peter Altmaier eine Einigung über die Details bei der Umsetzung der November-Hilfen für von den Einschränkungen betroffene Wirtschaftsbranchen wie die Gastronomie. "Es ist gelungen, ein relativ unbürokratisches Verfahren zu finden", sagt Altmaier. Sein Ministerium und das Finanzministerium hätten sich am Vormittag verständigt. "Sie werden zeitnah darüber informiert." Details nannte er nicht.

Bund und Länder hatten vereinbart, dass Betriebe bis zu 75 Prozent ihres November-Umsatzes im Vorjahr als Erstattung für Einbußen aufgrund der Corona-Einschränkungen erhalten sollen.

Stand: 04.11.2020 10:33 Uhr <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-wirft-Bund-Verzoegerung-bei-Corona-Hilfen-vor,coronavirus3536.html>

MV wirft Bund Verzögerung bei Corona-Hilfen vor

Die Bundesregierung hat den Unternehmen, die wegen des Teil-Lockdowns im November schließen müssen, großzügige Hilfe zugesagt. Doch in Schwerin wächst der Unmut über die schleppende Umsetzung dieses Versprechens.

von Stefan Ludmann, NDR 1 Radio MV Aktuell

Die rot-schwarze Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns wirft dem Bund ein zu zögerliches Handeln bei der zugesagten Erstattung der wirtschaftlichen Corona-Folgen vor. Das Wirtschaftsministerium in Schwerin verlangt schnelle Entscheidungen. Es sei immer noch nicht klar, wann die Hilfen fließen und wann sie beantragt werden könnten.

Wirtschaftsstaatssekretär Stefan Rudolph (CDU) sagte, diese "Zitterpartie" könne den Unternehmen nicht zugemutet werden. Der Bund müsse liefern, denn die betroffenen Firmen wollten die Hilfsanträge schnell stellen.

4.11. BR-Corona-Ticker

10.56 Uhr: SPD sperrt sich gegen Unternehmerlohn bei Corona-Hilfen

Die SPD sperrt sich gegen Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), bei der Neufassung der Überbrückungshilfen auch einen Unternehmerlohn etwa für Solo-Selbständige einzuführen. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Schneider

wendet sich dagegen, "ein doppeltes System aufzubauen". Stattdessen werde im Sozialausschuss des Bundestages derzeit eine Verlängerung des vereinfachten Hartz-IV-Zuganges für Selbstständige bis Ende März 2020 beraten. Dabei könne er sich weitere Vereinfachungen vorstellen, etwa auch den Wegfall der Anrechnung der Einkünfte von Lebenspartnern bei der Berechnung möglicher Hilfen.

4.11. Deutschlandfunk online

Corona-Schließungen

Bundeswirtschaftsminister Altmaier kündigt schnelle Hilfen für Betriebe an

Die Bundesregierung will die von den Corona-Beschränkungen betroffenen Unternehmen noch in diesem Monat finanziell unterstützen.

Mindestens Abschlagszahlungen solle es noch vor Ende November geben, sagte Wirtschaftsminister Altmaier nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur in einer Online-Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag. Dazu werde man notfalls auch neue Wege etwa über die Sparkassen und Volksbanken gehen. Altmaier stellte in Aussicht, dass es neben den im Bund-Länder-Beschluss erwähnten Branchen auch Hilfen etwa für Hotels oder indirekt betroffene Reinigungsbetriebe geben soll. Auch Solo-Selbstständige sollen die Hilfen bekommen können.

Die Ausgleichszahlungen orientieren sich am Umsatz im November letzten Jahres. Bei Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern sollen 75 Prozent des Umsatzes ersetzt werden.

4.11.07:27 Uhr Tagesschau Liveblog

Außer-Haus-Umsatz wird offenbar nicht angerechnet

In der Gastronomie sollen die Einnahmen aus dem Außer-Haus-Verkauf offenbar nicht auf die staatlichen Corona-Finanzhilfen angerechnet werden. Das habe Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in einer Sitzung der Unionsfraktion klargestellt, sagte CDU-Fraktionsvize Carsten Linnemann dem "Westfalen-Blatt".

Im Gastgewerbe gibt es derzeit große Unsicherheiten in Bezug auf die wegen der Corona-Maßnahmen zugesagten Finanzhilfen. Gastronomen befürchten, dass Umsätze aus dem Außer-Haus-Verkauf von Speisen und Getränken auf die pauschale Entschädigungszahlung durch den Staat angerechnet werden könnten. Dementsprechend verzichten einige darauf.

3.11. 09.02 Uhr BR-Corona-Ticker

Scholz zu Corona-Hilfen: "Es wird schon an alle gedacht."

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat bekräftigt, dass die Corona-Hilfen im Zusammenhang mit dem Teil-Lockdown im November möglichst vielen Betroffenen zugute

kommen sollen. "Es wird schon an alle gedacht", sagte er am Dienstag im ZDF-"Morgenmagazin".

Er verwies auf flexible Regelungen etwa für Solo-Selbstständige mit schwankendem Einkommen. Sie sollen auch ihren durchschnittlichen Jahresumsatz zugrunde legen können. Menschen, die ihr Geschäft erst später gegründet haben, sollen statt des Novembers 2019 auch einen Bezugsmonat aus dem laufenden Jahr festlegen können.

Ab wann die Hilfen zur Verfügung stehen werden, konkretisierte er nicht. "Wir versuchen, alle Klärungen in dieser Woche zustande zu kriegen." Anschließend müssten die Programme entwickelt werden, damit die Hilfen über eine Internetplattform beantragt werden können. Die Bundesregierung will Firmen helfen, die im November wegen der Corona-Beschränkungen schließen müssen oder hohe Ausfälle haben. Insgesamt geht es um Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro - für einen Monat.

3.11. 08:54 Uhr Tagesschau-Liveblog

Scholz: Verbesserte Corona-Überbrückungshilfen

Das Bundesfinanzministerium will die Überbrückungshilfen für Unternehmen und Selbstständige, die besonders unter den Corona-Maßnahmen leiden, für die Zeit nach November weiterentwickeln. Es solle dann das geben, "was es bisher schon gab - aber noch mal verbessert", sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz im ZDF-"Morgenmagazin". Für die neuen Hilfen im November hat der Bund bis zu zehn Milliarden Euro vorgesehen. Scholz erwartet, dass die "neue Normalität" sich bis weit ins kommende Jahr ziehen wird. Die Regierung habe sich aber vom Bundestag große Mittel zur Verfügung stellen lassen, um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern. "Wir haben die Kraft, für dieses und das nächste Jahr Wirtschaft und Arbeitsplätze zu stabilisieren", sagte er.

30.10.

Freistaat beschließt Fortführung der Anlaufhilfen für Kinos

„Die Bayerische Staatsregierung hat die Fortführung und Aufstockung der Anlaufhilfen für Kinos beschlossen.“ Das bisherige Programm wird „bis 30. Juni 2021 fortgeführt und um weitere 12 Millionen Euro aufgestockt.“

<https://www.stmd.bayern.de/freistaat-beschliesst-fortfuehrung-der-anlaufhilfen-fuer-kinos-gerlach-wir-unterstuetzen-mit-weiteren-12-millionen-euro/>

29.10. 14:26 Uhr Tagesschau-Liveblog

Scholz: Überbrückungshilfen werden überarbeitet

„Die Bundesregierung will die Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen wegen der Corona-bedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens im

November überarbeiten. Sie sollen zudem ins Jahr 2021 hinein verlängert werden, wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz in Berlin sagte. Die Details würden noch ausgearbeitet, ergänzte Wirtschaftsminister Peter Altmaier.“

29.10. 14:15 Uhr Tagesschau-Liveblog

Scheuer: Finanzielle Hilfe für Verkehrsunternehmen

„Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat angesichts der neuen Corona-Beschränkungen im November weitere Unterstützung für Verkehrsunternehmen zugesagt. Diese müssten geschützt und gestützt werden, sagte Scheuer in Berlin anlässlich von Beratungen der EU-Verkehrsminister. Er forderte die EU-Kommission auf, Milliardenhilfen für die Deutsche Bahn schnell zu genehmigen.

Daneben solle es neben Airlines auch für Flughäfen ein Rettungspaket geben. Ende der kommenden Woche findet ein "Luftverkehrsgipfel" mit Scheuer statt. Bund und Länder hatten für den November strenge Beschränkungen beschlossen und die Bürger dazu aufgerufen, auf private Reisen zu verzichten.“

28.10.2020 14.13 Uhr BR-Coronavirus-Ticker

Kabinett beschließt neue Regeln zu Corona-Verdienstauffällen

„Für Verdienstauffälle in der Corona-Krise sollen teils neue Regeln kommen. So sollen **Entschädigungsansprüche für Eltern** bis März 2021 verlängert werden, wie das Bundeskabinett am Mittwoch beschloss. Diese sollen außerdem auch dann bestehen, wenn einzelne Kinder zu Hause betreut werden müssen, weil sie vom Gesundheitsamt unter Quarantäne gestellt sind. Bisher sind Entschädigungen möglich, wenn Schulen oder Kitas ganz geschlossen werden und keine andere Betreuung möglich ist. Eltern, die nicht zur Arbeit gehen, können 67 Prozent des Nettoeinkommens als Entschädigung vom Staat erhalten. Inzwischen werden aber auch einzelne Klassen nach Hause geschickt.

Wer eine "**vermeidbare Reise**" in **ausländische Risikogebiete** macht, soll dagegen nach der Rückkehr für die Zeit der vorgeschriebenen Quarantäne keine Verdienstauffallentschädigung mehr bekommen. Ausgenommen sein sollen "außergewöhnliche Umstände", etwa die Geburt eigener Kinder oder der Tod naher Angehöriger. Nicht dazu zählen andere private Feiern, Urlaubsreisen und verschiebbare Dienstreisen.“

22.10.2020

Bundeswirtschaftsminister Altmaier in der Pressekonferenz am 22.10.2020

- „Arbeiten in der Koalition an Einigung über einen Unternehmerlohn“

21.10.2020 07:00 Uhr Bayern 2 Nachrichten BR-Internetseite

„Aiwanger will **Hoteliers** zusätzlich unterstützen

München: Bayerns Wirtschaftsminister Aiwanger will die kriselnde Hotelbranche zusätzlich unterstützen. Dem BR sagte er, denkbar seien Tilgungszuschüsse für Hoteliers, die sich verschuldet haben. Damit sollen Insolvenzen vermieden werden. Diese bayerischen Hilfen dürften aber nicht auf Zahlungen des Bundes angerechnet werden.“

21.10.2020 BR-Corona-Ticker

„**Privattheater** sollen mit 30 Millionen Euro unterstützt werden

„Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hat als Reaktion auf die Corona-Pandemie in der Düsseldorfer "Rheinischen Post" (Mittwoch) ein 30-Millionen-Euro-Programm für Privattheater angekündigt. "Wir wollen alles tun, damit die deutschen Privattheater diese schwierige Zeit überstehen", sagte sie. Das neue Programm als Teil des bisherigen Hilfspakets "Neustart Kultur" sehe eine Förderung von bis zu 80 Prozent der Ausgaben für das künstlerische Personal in der Spielzeit 2020/2021 vor. Maximal 140.000 Euro pro Theater seien vorgesehen.“

Ankündigungen Ministerpräsident Söder in seiner Regierungserklärung im Bayerischen Landtag am 21.10.2020

- Bund überlegt Einführung eines fiktiven **Unternehmerlohns**
- Ankündigung eines **Künstlersolosebständigenprogramms** ähnlich wie in Baden-Württemberg, ergänzt durch
- einen Ausbau des **Spielstättenprogrammes** und durch
- **Stipendien „für junge Künstler**, die noch gar kein Engagement haben, die an der Schwelle stehen ihren Beruf überhaupt ergreifen zu können“,

21.10.2020

Überbrückungshilfe III

Bundeswirtschaftsminister Altmaier:

„Darüber hinaus arbeiten wir aktuell in der Bundesregierung daran, die Hilfen auch über den Dezember 2020 hinaus zu verlängern. Das hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Oktober beschlossen. An der Umsetzung arbeiten wir aktuell.“

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/10/20201021-altmaier-wir-lassen-unsere-unternehmen-in-der-krise-nicht-allein.html>